

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 253

13. Jan. 2002

8. Jahrgang

Besitzen, nicht begünstigt sein! Guatemaltekische RückkehrerInnen kämpfen um ihr Land

Die guatemaltekischen Flüchtlingsfrauen hatten im mexikanischen Exil die Einschreibung der Frauen als Gesellschafterinnen in die nach der Rückkehr geplanten Kooperativen erfolgreich vorangetrieben. Dennoch sind zur Zeit die meisten Frauen in den Rückkehrgemeinden nicht direkt an den Kooperativen beteiligt. Doch das Thema ist nicht vom Tisch: im letzten Jahr haben sich die drei gegründeten Frauenorganisationen der Rückkehrbewegung *Mamá Maquín*, *Madre Tierra* und *Ixmucané* zur „Verhandlungskommission für den Mitbesitz von Land und gleichberechtigte Mitbestimmung von Frauen“ zusammengeschlossen.

Im Interview mit Ana Maria Rodríguez und María Guadalupe García von *Mamá Maquín*, beide Vorsitzende der Kommission, werden Entstehung, Strategien und Ziele des Projektes aufgezeigt. Das Interview führte Heike Burba, es ist in der Nr. 78 (4/01) der Zeitschrift *Frauensolidarität* erschienen.

Wieso nennt sich die Kommission „Verhandlungskommission“ und warum wurde sie gegründet?

ANA MARIA RODRÍGUEZ : Wir meinen, eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Friedensabkommen in Guatemala ist, verhandeln zu lernen. Der von uns angestrebte Prozess – für den Mitbesitz einzutreten und die Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen – setzt die große Fähigkeit verhandeln zu können voraus: Zwischen den Paaren, auf Gemeindeebene, auf Regierungsebene. Wir glauben an den Dialog in den Verhandlungen, was nicht heißt, dass wir nicht kämpfen. Aber unsere Waffe ist der Dialog.

MARIA GUADALUPE GARCÍA : Viele Menschen mussten während des bewaffneten Konflikts fliehen. In den Flüchtlingslagern in Mexiko lernten wir Frauen uns zu organisieren und unser Recht auf eine selbstbestimmte Rückkehr einzufordern. Wir haben uns fortgebildet, alphabetisiert und uns aktiv bei den Vorbereitungen zur Rückkehr nach Guatemala eingebracht. Es wurde unter uns Flüchtlingen vereinbart, bei der Rückkehr Kooperativen zu gründen, über die der Landbesitz und die Kreditrückzahlung geregelt werden sollte.

Wir Frauen haben damals darauf bestanden, dass auch wir als Mitglieder eingeschrieben werden und unterzeichneten auch das Rechtsmandat, das uns den Zugriff auf Kredite zum Erwerb Land von ermöglichte. Damit wollten wir zum einen eine Rechtssicherheit auf Land erreichen, andererseits Mitbestimmung über die Geschicke der Kooperative. Als wir nach Guatemala zurückkamen, war plötzlich alles hinfällig: wir haben diese Forderung nicht umsetzen können. Wir wurden in den meisten Fällen keine Teilhaberinnen, wir hatten keinen Platz in der Kooperativenleitung.

Wie konnte es dazu kommen?

MARIA GUADALUPE GARCÍA : Die Kooperativen hatten in der Rückkehrphase eine unglaubliche Macht. Ihre Leitung entschied sogar über die Ernennung der Dorfbürgermeister. In dieser Zeit haben wir die Dörfer nicht wie Gemeinwesen aufgebaut, sondern wie ein Unternehmen.

Die Frauen waren bei der Ankunft damit beschäftigt, sich um die Kinder zu kümmern, das Essen zuzubereiten, das Wasser von entlegenen Stellen zu holen etc. Es gab unzählige Aufgaben zu verrichten, die unsere Zeit komplett in Anspruch nahm. Die Männer sagten uns: „Wenn ihr Gesellschafterinnen in der Kooperative sein wollt, dann müsst ihr auch alle Pflichten erfüllen. Ihr müsst monatliche Beiträge zahlen, ihr müsst Arbeitsstunden ableisten, ihr müsst am Aufbau der Infrastruktur mitarbeiten“.

Dabei wurde ignoriert, dass wir z.B. für jede Vollversammlung das Essen zubereiteten. Das wird uns nicht als Arbeitsleistung angerechnet - genauso wenig wie die Arbeit bei Aussaat und Ernte. Wir liefen sozusagen unbezahlt nebenher. Frauen haben meistens einfach keine Zeit gehabt, an den Versammlungen teilzunehmen, auf denen wichtige Entscheidungen getroffen wurden.

ANA MARIA RODRÍGUEZ : Hinzu kommt, dass wir von den Institutionen oder Nichtregierungsorganisationen auch nicht wahrgenommen wurden. Bei den Angelegenheiten zur Legalisierung der Kooperativen zum Beispiel war es selbstverständlich, dass die Vertreter von INACOP (nationales Institut für Kooperativenwesen) nur Männer aufsuchten, die Frauen wurden schlicht vergessen. Die Vertreter von INACOP sagten daraufhin: „Es ist doch nicht unsere Aufgabe, die Frauen einzuladen. Das muss das Dorf selber regeln.“

MARIA GUADALUPE GARCÍA: Und die Männer der Kooperativenführung sagten: "Das ist Sache von IN-ACOP, sie müssen die Frauen auffordern, sich zu beteiligen."

Was hat die Organisationen der Rückkehrerinnen dazu bewogen, sich zusammenzuschließen?

MARIA GUADALUPE GARCÍA: Ausschlaggebend für die Gründung ist eben die Situation der Frauen, die keinen Rechtsanspruch auf Land besitzen und nicht an den lokalen Strukturen beteiligt sind. Zwar gibt es Witwen oder alleinstehende Frauen, die Gesellschafterinnen der Kooperativen sind, aber die große Mehrheit der verheirateten Frauen ist nicht einbezogen. Wenn der Mann sie verlässt, haben sie kein Anrecht auf das Land. Wenn der Mann stirbt, geht die Parzelle in den Besitz des ältesten Sohnes über, wohl gemerkt, nicht der Tochter - hier setzt die Diskriminierung schon ein.

ANA MARIA RODRÍGUEZ: Im Rahmen eines Seminars von *Madre Tierra* letztes Jahr hatten wir zu einem Erfahrungsaustausch über die Situation der Frauen in den Rückkehrdörfern eingeladen. Nachdem wir die Situation der Frauen evaluiert haben, wurde die Idee der Kommission geboren. Es wurde ein Aktivitätsplan erstellt und Dörfer ausgewählt, mit denen wir in dieser ersten Projektphase arbeiten wollen.

Während dieser Treffen ist uns auch klar geworden, dass wir, obwohl wir aus verschiedenen Organisationen stammen, alle mit der gleichen Situation konfrontiert sind. Und dass es wenig Sinn macht, einzeln etwas dagegen zu tun, denn so vereinzeln wir ein gemeinsames Anliegen.

MARIA GUADALUPE GARCÍA: Es wurden 17 Gemeinden, in denen eine der drei Frauenorganisationen präsent ist, für das Pilotprojekt ausgewählt. In vielen Rückkehrgemeinden sollen die alten Strukturen der Kooperativen aufgelöst werden. Das Kooperativenland wird zugunsten individueller Landtitel in Privatbesitz der ehemaligen Gesellschafter übergeben. Mit der Auflösung der Kooperativen sehen wir eine Chance, den Mitbesitz an Land erneut einzufordern und Frauen in das Register als Miteigentümerin einzutragen.

ANA MARIA RODRÍGUEZ: Entscheidend bei der MiteigentümerIn-

nenschaft an Land ist, dass sie die Machtstellungen in den familiären Beziehungen verändert. Dann haben die Frauen Rechtssicherheit auf ihr Eigentum und können mitentscheiden, wie sie es an ihre Kinder verteilen. Die Sicherheit betrifft nicht nur das Land, sondern auch das Haus, in dem sie lebt und andere Besitztümer. Außerdem wird ihr so der Zugang zu Krediten ermöglicht.

Es ist wichtig zu verstehen, dass diese Frauen mit keinem Gesetz konfrontiert sind, welches dieses verbietet! Wir kämpfen nicht darum, Gesetze zu verändern, sondern darum, dass die bestehenden eingehalten werden. Ein Beispiel: der Vertreter des staatlichen Landfonds behauptet: „Die Frauen sind bei Unterzeichnung durch den Mann automatisch Mitbesitzerin der Parzelle“. Das stimmt aber nicht. Der Mann schreibt sich als Besitzer ein und er bestimmt über das Land. Besitzen wollen wir sein, nicht nur begünstigte!

Wir beziehen uns auch auf die verschiedenen Rechtsebenen: Auf die internationalen Abkommen wie die UN-Konvention über die Abschaffung der Diskriminierung von Frauen, die von Guatemala ratifiziert ist, auf den Gleichberechtigungsartikel No. 4 unserer Verfassung und die Friedensabkommen, bei denen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen Bestandteil ist.

Welche Strategien werden zur Erreichung der Ziele verfolgt?

MARIA GUADALUPE GARCÍA: Die Kommission setzt die Ideen auf verschiedenen Ebenen um. Zunächst in den Gemeinden, dort versammeln wir uns mit den Frauen, dann mit den Führern im Dorf. Gleichzeitig wird innerhalb unserer Organisationen an dem Thema gearbeitet. In den Dörfern arbeiten wir mit Männern und Frauen und versuchen auch die "unsichtbaren Führer", die ja oft in den Dörfern mehr Macht besitzen als die gewählten Vertreter, miteinzubeziehen. Auf nationaler Ebene verhandeln wir mit Organisationen der Regierung und NROs.

ANA MARIA RODRÍGUEZ: In den Gemeinden diskutieren wir mit den Männern und Frauen: Wie können wir erreichen, dass die Arbeit der Frauen anerkannt wird? Dass das Einkommen zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird? Dass den Frauen Arbeitstreffen als Arbeitsstunden angerechnet

werden - genauso wie bei den Männern. Unser Ziel sind konkrete Abkommen in den Dörfern, die den Frauen dazu verhelfen, dieses Recht umsetzen zu können. Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit durchsetzen. Wir können nicht genauso sein wie die Männer und umgekehrt, sondern müssen unsere jeweiligen Lebensbedingungen gleichermaßen leben dürfen und anerkennen.

Wie reagieren Frauen und Männer auf eure Sensibilisierungskampagne?

ANA MARIA RODRÍGUEZ: Grundsätzlich sind die ersten Ergebnisse überraschend positiv! Gerade die Männer, lokale Autoritäten wie Bürgermeister und Kooperativenführer haben sich sehr interessiert gezeigt und nun wenden sie sich an uns: „Wie können wir das in die Praxis umsetzen, was wir gelernt haben?“

Andererseits aber begegnen uns viele in den Dörfern mit Misstrauen und bis hin zu Feindseligkeiten. „Warum kommt ihr so spät mit diesem Thema?“ Es ist noch viel Sensibilisierungsarbeit nötig.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntätiglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Friedensabkommen: 5 Jahre danach

Guatemala, 30. Dez. 2002. Zum fünften Mal jährte sich am 29. Dezember die Unterzeichnung des Abkommens über einen festen und dauerhaften Frieden, unterzeichnet nach zehn Jahren zäher Verhandlung zwischen Vertretern der Regierung, des Militärs und der URNG.

An einem offiziellen Anlass, zu dem FunktionärInnen der Regierung und VertreterInnen der internationalen Diplomatie eingeladen waren (auffällig dabei war die Abwesenheit von Kongresspräsident Efraín Ríos Montt), sprach Präsident Alfonso Portillo vom „Abschluss der ersten Phase der Friedenskonsolidierung“. Als erreichte Ziele erwähnte er den Aufbau des Frauenforums, die Rückkehr von über 42'000 Flüchtlingen aus dem mexikanischen Exil und die Erhöhung der sozialen Ausgaben auf 41% des gesamten Haushaltsbudgets. Etwas weniger konkret, aber immer noch als Erfolg, bezeichnete er die Zusammenarbeit zwischen VertreterInnen der indigenen Bevölkerung und der Regierung, die Aushandlung eines Finanzpaktes, die Entmilitarisierung des Staates und der Bevölkerung, sowie die Beendigung der Repression als Teil der staatlichen Politik und einen zunehmenden politischen und ideologischen Pluralismus.

Als Aufgaben für die „zweite Phase“ nannte Portillo die Bekämpfung der Korruption und der Straffreiheit.

Während im Regierungsgebäude schönegeistige Reden geschwungen wurden, protestierten davor die Volksorganisationen und VertreterInnen der URNG mit symbolischen Akten und konkreten Forderungen. Die Bilanz dieser Sektoren ist durchwegs negativ. Stellvertretend für die Positionen der sozialen Sektoren zum fünften Jahrestag der Friedensunterzeichnung, Ausschnitte aus der Presseerklärung der Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM):

„Zahlreich sind die Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestags der Friedensunterzeichnung, zahlreich sind auch die Frustrationen und Enttäuschungen, die im Verlauf der letzten fünf Jahren innerhalb der Bevölkerung gewachsen sind. Misere, mangelhaftes Bildungswesen, schlechte Gesundheitsversorgung, sozialer Ausschluss, die Diskrepanz zwischen Arm und Reich, sowie die Präsenz ausländischer Truppen im Land sind einige der Gründe, die in den sechziger Jahren eine Gruppe von Menschen dazu brachte, zu den Waffen zu greifen auf der Suche nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.“

Fünf Jahre nach der Friedensunterzeichnung zeigt sich, dass die Ursachen, die zum Krieg führten, weder behoben noch reduziert sind. Grund dafür sind mangelnder Wille und fehlendes Interesse, die Situation der ewig Vergesse-

nen, der Armen und Ausgeschlossenen zu verbessern. Guatemala ist ein Land mit einem extremen Gegensatz zwischen Arm und Reich. Einige leben wie EuropäerInnen oder Ölscheiche in einem Land der Misere, gleichzeitig verhungern täglich Menschen.

Die Wirtschaftskrise wächst, die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die öffentlichen Ausgaben konzentrieren sich weiterhin auf den Unterhalt von Institutionen wie der Armee, anstatt auf die Entwicklung der Gemeindefstrukturen. Auf internationaler Ebene posaut die Regierung die Umsetzung der Friedensabkommen aus, doch geht es dabei nur darum, den Schein und das Image zu wahren. Die bescheidenen Fortschritte, die unter der Regierung Alvaro Arzu's erreicht wurden, macht die Regierung Portillo wieder zunichte.

Für die Familienangehörigen der Verschwundenen hat sich mit der Friedensunterzeichnung nichts verbessert. Im Gegenteil, unsere Hoffnung, dass sich unsere Angehörigen unter den Menschen befinden, die aus den Bergen oder dem Exil zurückkehren, dass sie leben und sich nicht von den Repressionskräften entführt, gefoltert und ermordet wurden, sind geschwunden. Ebenso unsere Hoffnung, dass die Verantwortlichen eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden.“

2 Jahre Regierung Portillo

Guatemala, 15. Jan. 2002. Alfonso Portillo und die FRG haben die Hälfte ihrer Regierungszeit hinter sich. In seiner Zwischenbilanz rühmt sich der Präsident zwar seiner Taten und Erfolge und gesteht sogar einige Fehler ein, doch nimmt ihn dabei niemand ernst. Laut einer von *Prensa Libre* in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage ist 92% der Bevölkerung unzufrieden mit ihrem Präsidenten und bezeichnet ihn als den Schlechtesten der vergangenen sechzehn Jahre. Die Volksorganisationen und der Unternehmenssektor ihrerseits kritisieren mit ihren je eigenen (und z.T. auch gemeinsamen) Argumenten die Regierungsführung der letzten zwei Jahre.

Die FRG ist weit davon entfernt, eine homogene Partei zu sein. Im Kongress beeinflusst der Machtkampf zwischen den AnhängerInnen Portillos und denjenigen von Kongresspräsident Ríos Montt, fast jedes politische Alltagsgeschäft, die Oppositionsparteien sitzen dabei auf der ZuschauerInnenbank, bzw. sie verlassen das Plenum, bevor es zu Abstimmungen kommt.

Die sich nach wie vor als drittstärkste politische Kraft bezeichnende URNG ist gespalten. Der schwelende Konflikt zwischen Rodrigo Asturias und Pablo Monsanto und ihren jeweiligen AnhängerInnen hat sich nach dem URNG-Parteikongress und der Neuwahl der Parteileitung (CEN) verschärft. Ein grosser Teil der politischen und persönlichen Energie vieler Parteimitglieder wird in die Abgrenzung gegenüber ihren *Compañeros* und *Compañeras* gesteckt statt in den Aufbau einer Opposition.

Die Aufrufe verschiedenster Sektoren, den eingeschlagenen Kurs der Regierung zu ändern oder zu stoppen, werden zwar allseits positiv gewertet, scheiterten aber bisher immer - sicher nicht zuletzt daran, dass hinter dem "Wohl des Volkes" oft persönliche Interessen einzelner (Schlüssel-)Personen stecken. Beispiele dafür sind der Versuch eines *Nationalen Dialogs*, der vom Unternehmerverband CACIF im Namen der Armen durchgeführte Generalstreik vom 1. August 2001, oder der Vorschlag, auf parteipolitischer Ebene eine "Einheits-

front gegen die FRG" zu bilden.

"Augen zu und durch", scheint die Devise aller Sektoren zu lauten. Offenbar hat man sich mit der aktuellen Regierungskrise, der herrschenden Korruption und der schleichenden Militarisierung und zunehmenden Repression abgefunden. Statt eine tatsächliche Opposition dagegen zu bilden, bereitet man sich auf den nächsten Wahlkampf vor.

Zehn Parteien haben die notwendigen Formalitäten erfüllt, um an den Wahlen 2003 teilzunehmen. 33 politische Gruppierungen sind beim Obersten Wahlgericht angemeldet und haben je 12 Monate Zeit, die vorausgesetzten rund 4000 Mitglieder anzuwerben und weitere Bedingungen zu erfüllen. Viele dieser Gruppen werden es nicht schaffen, sich in Parteien zu konvertieren, interessant ist es sicher, die Entwicklung einiger weniger weiterzuverfolgen: Die *Partido Unionista* (Generalsekretär: Gustavo Porras), die *Frente Democratica Solidaridad*, FDS (Generalsekretärin: Nineth Montenegro) und Alvaro Colom's *Unidad Nacional de Esperanza* (UNE).

Die FRG im Chaos

Guatemala, 5. Feb. 2002. Der vor zwei Monaten abgesetzte Innenminister Byron Barrientos kehrte am 19. Januar wieder auf seinen Abgeordnetensitz im Kongress zurück, doch sein Gastspiel dauerte nicht lange. Barrientos wurde entlassen nachdem die Unterschlagung von rund 50 Mio. Quetzales (anfänglich war von 90 Mio. die Rede) in seinem Ministerium bekannt wurde. In der Zwischenzeit hat sich der Kreis der Verdächtigen erweitert, Haftbefehle wurden ausgestellt (die beiden Hauptverdächtigen sind jedoch noch flüchtig) und je weiter die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft vorankamen, desto klarer wurde, dass auch Barrientos in die Unterschlagung involviert ist oder zumindest davon gewusst hat.

Rund eine halbe Stunde nachdem am 30. Januar über Radio die Meldung verbreitet wurde, dass ein Haftbefehl gegen Barrientos ausgestellt wurde, liess sich dieser mit einem Geschwür im Verdauungsapparat ins Spital einliefern, wo er sofort auf die Intensivstation verlegt wurde. Eine bewährte Taktik, der Justiz zu entfliehen...oder mindestens die Untersuchung herauszuzögern. Barrientos gilt als einer der Vertrauensmänner Ríos Montts, der sich, darauf angesprochen, sehr zurückhaltend verhielt.

Wenige Tage vorher zog sich die Schlinge um den Hals des Ministers für Kommunikation, Infrastruktur und Woh-

nungsbau (MICIVI), Alvaro Heredia, enger und enger. Seinen Rücktritt gab Heredia bekannt, nachdem in der Tageszeitung *Prensa Libre* eine Reportage erschien, in der es hiess, es würden mit Maschinen und Arbeitern des MICIVI zwei Strassen in Livingston gebaut, die zu einem Haus von Efraín Ríos Montt führen sowie eine Landepiste für Kleinflugzeuge in der Nähe des Anwesens. Obwohl Heredia bezeugte, er habe nichts von diesem Auftrag gewusst, seine Kündigung habe er schon am 4. Januar eingereicht, doch habe sie Präsident Portillo erst einen Tag nach dem Erscheinen des Artikels in *Prensa Libre* akzeptiert.

Heredia wird von Flora de Ramos (FRG) ersetzt. De Ramos ist die dritte Ministerin im MICIVI während der Regierungszeit Portillos (vor Heredia besetzte Luis Rabbé den Posten) und neben Kulturministerin Otilia de Lux die zweite Ministerin in der Regierung Portillos. Es sei eine grosse Ehre für sie und sie fühle sich fähig, dieses Ministerium zu leiten, liess de Ramos gegenüber der Presse verlauten. Im selben Interview sagte sie: "Es braucht keinen Ingenieurstitel, um das MICIVI zu leiten". Ihre Aussage wurde am nächsten Tag als Karikatur in der *Prensa Libre* veröffentlicht mit dem Zusatz "...bloss das Parteibuch der FRG".

Am selben Tag wurde der Exeku-

tivsekretär des Präsidenten, Harris Whitbeck, gefeuert, weil er dem Befehl Portillos nicht nachkam, zwei der Korruption verdächtige Untergebene zu entlassen. Whitbeck war ein Vertrauensmann Portillos. 1989 war er Mitgründer der FRG (zusammen mit Ríos Montt, dem heutigen Vizepräsidenten Francisco Reyes und Byron Barrientos). Nachfolger von Whitbeck wird der momentane Regierungssprecher, Jorge Pérez.

Ebenfalls zurückgetreten ist Ende Januar Juan Francisco Reyes Wyld, der Sohn des Vizepräsidenten, sowohl von seinem Posten in der Finanzkommission, wie auch in der Leitung des staatlichen Sozialversicherungsinstituts IGSS. Seine eigene Begründung für den Rücktritt sind gesundheitliche Probleme, inoffiziell heisst es, er habe auf Druck von Ríos Montt gehandelt.

Der am 4. Februar an einem Herzinfarkt verstorbene Arbeitsminister, Francisco Alfaro Mijango, wird von Víctor Hugo Godoy ersetzt, Vertreter der Linie Portillos und noch vor kurzem als Mitarbeiter ins Sekretariats für strategische Analysen (SAE) bestellt.

All dies sieht nach einer weiteren Episode im Machtkampf Ríos Montt versus Portillo aus. Wirklich zur Sorge Anlass gibt jedoch das Chaos, in dem sich offensichtlich die FRG befindet und das sich täglich auf allen Ebenen der Regierungspolitik widerspiegelt.

Die unsichtbare Arbeit der bezahlten Hausangestellten

Guatemala, 7. Januar. Die im November 2001 erschienene Studie "Hausangestellte - ein unhumaner Beruf", herausgegeben vom *Programm zur Verbesserung der Gesundheit von Mutter und Kind* (PAMI), kommt zum Schluss, dass die Arbeit als bezahlte Hausangestellte zwar breit akzeptiert und gebraucht wird, dass aber noch viel zuwenig über die ausbeuterische Situation der Hausangestellten öffentlich bekannt ist.

Finanziert wurde die Studie mit einem von der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* vergebenen Menschenrechtspreis an die guatemalteckische Organisation CENTRACAP, die Ausbildung und juristische Unterstützung für bezahlte Hausangestellte anbietet. Das Ziel der Studie ist, eine fundierte Grundlage zu bieten, um später vertieftere Untersuchung über den Geschlechter- und den ethnischen Aspekt der bezahlten Hausarbeit zu erarbeiten.

Auch wenn dies die erste ausführ-

liche Untersuchung ist, die in Guatemala zu bezahlter Hausarbeit durchgeführt wurde, stimmen ihre Zahlen und Ergebnisse weitgehend mit denen der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) zum selben Thema überein:

- Die meisten Frauen beginnen sehr jung, in fremden Haushalten zu arbeiten. Rund 50% der von PAMI befragten Frauen begannen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren.

- Über 70% der jungen Frauen brechen ihre Ausbildung ab, wenn sie als Hausangestellte zu arbeiten beginnen.

- Die Arbeitszeit einer bezahlten Hausangestellten liegt zwischen 10 und 16 Stunden pro Tag. Dafür verdienen sie zwischen 200 und 900 Quetzales monatlich (25 bis 112 US-\$). Die Löhne in den Städten sind gewöhnlich höher als auf dem Land.

- Für viele Frauen bringt das Verlassen der eigenen Familie oder Dorfgemeinschaft und der Beginn einer Arbeit in einem fremden Haus grosse kulturelle

Veränderungen und Verunsicherungen mit sich. Indígenafrauen sind oft dem Rassismus ihrer Ladino-ArbeitgeberInnen ausgesetzt, werden gezwungen, ihre Tracht gegen eine Uniform zu tauschen, was oft zu einem Verlust der Identität und des Selbstvertrauens führt.

Laut der Studie von PAMI hat der Anteil von Frauen innerhalb der ökonomisch aktiven Bevölkerung in den letzten Jahren um 15% zugenommen. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frauenarbeit einen ethnischen und Klassenaspekt hat. Das heisst, das Einstellen einer schlechtbezahlten, indigenen Hausangestellten, ermöglicht es vielen Oberschicht- oder Mittelklassefrauen, einer gutbezahlten Arbeit nachzugehen oder sich weiterzubilden.

Eine der Schlussfolgerungen der Untersuchung ist, dass eine Revision des Arbeitsrechts notwendig ist, damit Arbeitszeit, Gehalt und Sozialversicherung gesetzlich geregelt und geschützt sind.

Auf der Suche nach Geld

Guatemala, 2. Feb. 2002. Am 11. und 12. Februar findet in Washington das mehrmals verschobene Treffen der Konsultivgruppe statt. Dort wird darüber bestimmt, ob die internationale Gemeinschaft die weitere Umsetzung der Friedensabkommen finanziell begleiten wird. Das auf Ende November geplante Treffen wurde verschoben, weil die guatemaltekeische Regierung die gestellten Bedingungen bezüglich der Verbesserung des Finanz- und Steuersystems nicht erfüllt hatte.

Nebst dem Eigenlob, mit dem sich Portillo anlässlich seiner 2-jährigen Regierungszeit und des 5. Jahrestags der Friedensunterzeichnungen, schmückte, reiste Vizepräsident Reyes López in Europa herum und tat das selbe. Und um nicht ganz mit leeren Händen zum Treffen zu kommen verabschiedete der Kongress Ende Januar ein neues Bankengesetz und kam somit einer der Forderungen der Konsultivgruppe nach.

Nebst Präsident Portillo und weiteren RegierungsvertreterInnen, werden an dem Treffen in Washington auch an-

dere Stimmen zu Wort kommen. So werden u.a. auch Helen Mack von der Myrna-Mack-Stiftung, die Gewerkschaftsvertreter Carlos Manzilla und Luis Lara, sowie der URNG Abgeordnete Gregorio Chay und der Generalsekretär der PAN, Leonel López Rodas die Möglichkeit haben, ihre Sicht der Dinge darzustellen. MINUGUA ihrerseits weist in ihrem Bericht zu Händen der Konsultivgruppe speziell auf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen hin und darauf, dass 55% aller begangenen Menschenrechtsverletzungen straffrei bleiben.

Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) versuchen, ebenfalls Druck auf die Geberländer auszuüben. Sie bekräftigen ihre alte Forderung, jegliche Finanzhilfe, die am Treffen der Konsultivgruppe zugesagt wird, an Bedingungen zu knüpfen. Die Regierung hat auf diese Forderung bereits mit einem politischen Schachzug reagiert und dem Kongress einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, der zum Ziel hat, die Autonomie der NRO's einzuschränken: Diese müssten

bei der Annahme dieses Gesetzes der staatlichen Rechnungsprüfungskommission Rechenschaft ablegen über alle Gelder, die sie von der internationalen Gemeinschaft bekommen. Begründet wird dieser Gesetzesvorschlag damit, dass die NRO's über 'versteckte' Konten verfügten.

Präsident Portillo befürchtet, dass es eine schwierige Verhandlung in Washington wird, da die internationale Gemeinschaft heute ihr Geld in erster Linie in die Bekämpfung des Terrorismus investiere. Die US-amerikanische Botschaft in Guatemala gab ihrerseits in einer Pressemeldung bekannt, die Vereinigten Staaten seien weiterhin bereit, den Friedensprozess in Guatemala finanziell zu unterstützen. "Die USA glauben, dass die Friedensabkommen, auch wenn sie schwierig umzusetzen sind, der einzige Garant für eine soziale Veränderung sind, die zu einem dauerhaften Frieden führt", heisst es in dem Schreiben. Eine eher zweifelhafte Aussage, wenn man die aktuellen Friedenskonzepte der USA bedenkt...

Kriegsversehrte schliessen sich zusammen

Guatemala, 10. Januar 2001. Zum ersten Mal traten Kriegsversehrte der URNG, der Zivilgesellschaft und des Militärs aus strategischen Überlegungen gemeinsam an die Öffentlichkeit.

Die *Guatemaltekeische Behindertenvereinigung Manuel Tot* (AGPD), die *Vereinigung für eine integrale Entwicklung Behinderteter Personen* (AIDOS) - diesen beiden Organisationen sind Mitglieder der ehemaligen Guerilla und der Zivilbevölkerung angeschlossen - und die *Vereinigung der Soldaten und Spezialisten der Armee* (ADEGUA) forder-

ten an einer gemeinsamen Pressekonferenz vom dafür zuständigen staatlichen Friedenssekretariat (SEPАЗ) mehr Berücksichtigung bei der Umsetzung des *Programms zur Betreuung der Kriegsversehrten* (PRADIS).

Die AGPD war Teil der Kommission, die PRADIS ausgehandelt und ausgearbeitet hat. Das Programm verfügte in seinem Budget fürs Jahr 2000 über eine 1 Million Quetzales (ca. 125'000 US-\$), die bis zum heutigen Tag nicht verteilt wurden.

Im Jahr 2001 wurden dem Gesund-

heitsministerium 6 Millionen Quetzales (ca. 750'000 US\$) versprochen, um ein integrales Gesundheitsprojekt im Rahmen des PRADIS durchzuführen. Bis zum heutigen Tag hat die Regierung das Geld nicht überschrieben.

Durch die Produktivprojekte von PRADIS, kamen im Jahr 2001 lediglich 267 kriegsversehrte Personen der drei Sektoren (Zivilbevölkerung, Guerilla und Militär) in den Genuss einer Unterstützung.

Eine Weiterführung dieses Projekts steht bis heute nicht in Aussicht.

Drogenrazzia in Izabal

Guatemala, 8. Feb. 2002. Die folgende Geschichte könnte aus dem Wahrheitsbericht REMHI stammen:

Am 29. Januar stürmte ein Kommando von 35 schwarz uniformierten Männern, zusammengesetzt aus Mitgliedern der DOAN und der Polizei, das Dorf und hielt die BewohnerInnen während drei Tagen als Geiseln fest. In dieser Zeit wurden alle Häuser durchsucht und zwei Personen erschossen. Abinail Cerna Castañeda trat aus einer *Tienda*, als er die ersten Schüsse hörte. Er erhielt einen Schuss ins Herz und starb. Ein anderer Mann, der sich noch im Laden befand, erhielt beim Hinausrennen einen Kopfschuss.

"Wir mussten uns eine halbe Stunde lang auf den Boden legen, während die Agenten uns anschrien: Wo habt ihr sie versteckt?", erzählte ein evangelischer Pfarrer des Ortes. Die Bevölkerung wurde bedroht und eingeschüchert, einen Mann folterten sie, indem sie ihm eine Kapuze über den Kopf zogen und ihn hörten. Der Mann hatte offensichtlich nichts mit der Geschichte zu tun. Als es Nacht wurde, begannen die Agenten die Häuser zu durchsuchen. "Sie sind in mein Haus gekommen, haben alles auf den Kopf gestellt, Dinge gestohlen und blieben, um zu kochen", erzählte eine Frau, die in den drei Tagen, die die Besetzung dauerte, bei einer

Nachbarin unterkam. Bei der Aktion wurden zwei Männer verhaftet, wovon einer geistig behindert ist.

Dieser Bericht stammt nicht aus dem REMHI, sondern aus der *Prensa Libre* vom 8. Februar. Geschehen in Chocón, Livingston anlässlich einer Drogenrazzia, durchgeführt von der Drogenpolizei.

Die offizielle Version des Polizeisprechers in Puerto Barrios, Izabal, lautet, sie seien informiert worden, es gäbe im Dorf eine Schiesserei. Als sie an den Ort gekommen seien, sei es ihnen gelungen, zwei Männer zu verhaften. In einem Haus hätten sie die beiden Toten angetroffen.

Antiglobalisierungsdemo

Guatemala, 5. Feb. 2002. Verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter die *Vereinigung für den Fortschritt der Sozialwissenschaften* (AVANSCO), das Menschenrechtszentrum CALDH, die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC) und die Gewerkschaftsvereinigung UASP haben für den 5. Februar zu einer Demonstration in der Hauptstadt aufgerufen. Damit schliessen sie sich dem internationalen Protesttag gegen die Globalisierung an. Inhaltliche Schwerpunkte der Demo in Guatemala sind das Freihandelsabkommen mit Mexiko (TLC) und der *Plan Puebla Panama* (PPP), der den Bau einer durchgehenden Strasse von Mexiko nach Panama vorsieht. Beide Abkommen wurden von der guatemaltekischen Regierung ohne Absprache mit der davon betrof-

fenen Bevölkerung unterzeichnet. Weitere Themen der Demo sind die Friedensabkommen und das bevorstehende Treffen der Konsultivgruppe.

Im Presstext der Demo-OrganisationInnen heisst es:

"Wir solidarisieren und mit der internationalen Anti-Globalisierungsbe-
wegung und fordern eine solidarische
Globalisierung, die den Bedürfnissen
der ArbeiterInnen und Besitzlosen ge-
recht wird. Wir sprechen uns gegen die
wirtschaftlichen und sozialen Massnah-
men der Finanzinstitutionen und korrump-
ten Regierungen aus, die uns in eine
ähnliche Situation drängen, wie sie in
Argentinien Millionen von ArbeiterIn-
nen leben. Wir sprechen uns gegen die
Freihandelsabkommen aus, deren Folge
die Zerstörung der nationalen Industrie
ist, und Tausenden von kleinen Produ-

zentInnen und BäuerInnen die Existenz-
grundlage zerstören. Der PPP führt ein-
zig zu einer grösseren Auslandverschul-
dung und zur Zerstörung unserer Nat-
turressourcen - alles zu Gunsten von
grossen multinationalen Unternehmen.

Die sogenannte Unterstützung des
Friedensprozesses betrifft, wie sie von
der Interamerikanischen Entwicklungs-
bank, der Weltbank oder des Internati-
onalen Währungsfonds betrieben wird,
hat zum Ziel, unser Land unter Kontrol-
le zu halten und vergrössert einzig un-
sere Auslandverschuldung. Friede wird
nicht erreicht, indem die Ärmsten ge-
zwungen werden, den Gürtel noch en-
ger zu schnallen

In diesem Sinne schliessen wir uns
der Antiglobalisierungsbewegung von
Porto Alegre, Davos, Göteborg, Genua,
Quebec, Buenos Aires und Cancún an."

20 Jahre URNG

persönlicher Versuch über die aktuelle Lage

Guatemala, 7. Feb. 2002. Am 7. Februar 1982 schlossen sich die seit den Siebzigerjahren aktiven Guerillagruppierungen (EGP, FAR, ORPA, PGT) zur URNG zusammen. Heute feiert die unterdessen zu einer Partei transformierte URNG ihren 20. Geburtstag. Die facettenreiche, bewegte und zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich interpretierte Geschichte des revolutionären Kampfes/Projekts der URNG aufzuzeigen, ist in diesem Rahmen nicht möglich.

Fast ebenso unmöglich ist es, das allerseits als 'internes Problem' bezeichnete Phänomen zu beschreiben, das in den letzten Monaten die Politik der Partei beeinflusst hat. Dieses 'interne Problem' wird je nach dem als "Machtkampf zwischen Pablo Monsanto und Rodrigo Asturias" bezeichnet, als "versteckte Diktatur Asturias" oder als "persönliches Interesse Monsantos, mit dem Ziel, ein gemeinsames Projekt zu zerstören".

Tatsache ist, dass die seit jeher bestehenden politischen Differenzen auch mit der Friedensunterzeichnung, der Auflösung der einzelnen Gruppierungen und dem Zusammenschluss zur Partei URNG nicht aufgehoben wurden. Vielleicht war es sogar einfacher, in Zeiten des Krieges über solche Unterschiede hinwegzusehen, als dies in sog. Friedenszeiten möglich ist. Auf alle Fälle kamen diese Differenzen erneut zum Tragen, als es darum ging, die führenden Positionen innerhalb der neugegründeten Partei zu verteilen. Im Laufe der vergangenen drei Jahre haben sich zwei Tendenzen herausgebildet, die, ohne den dahinter stehenden Prozess werten

zu wollen, als die 'Tendenz Asturias' und die 'Tendenz Monsantos' bezeichnet werden können. Über die Anzahl SympathisantInnen der jeweiligen Tendenz kursieren unterschiedliche Zahlen. Eine solche Entwicklung ist leider nichts Aussergewöhnliches und bei verschiedenen ehemaligen Guerillabewegungen anzumachen. Der springende Punkt dabei ist, wie intern und extern damit umgegangen wird.

Im Moment sieht es so aus, dass die 'Tendenz Asturias' mehr oder weniger die Parteiführung (CEN) innehat und die sich seit gut einem Jahr entwickelnde 'Tendenz Monsanto' unter dem Namen *Corriente* (oder *Fracción*) in der innerparteilichen Opposition steht. Beide behaupten von sich, offen zu sein und die andere Gruppe aufzunehmen, falls diese sich den jeweils eigenen Diskurs, die Arbeitsweise (und die Ideologie?) zu eigen macht. Beide behaupten von sich, den Dialog mit der andern Tendenz zu suchen.

Leider wird dieser Dialog nicht so sehr intern geführt, als vielmehr (auf mehr oder weniger direkte Art) in der Öffentlichkeit. So gab es zum Beispiel an der Parteiversammlung im August 2001 zwei Schlussberichte, einen von der Parteileitung CEN und einen von Parteisekretär Pablo Monsanto. Anlässlich des fünften Jahrestages der Friedensunterzeichnung gab es zwei Einschätzungen, eine der URNG, das heisst, der offiziellen Parteiführung und eine der *Corriente*. Gegenseitig wirft man sich vor, entweder mit der FRG-Regierung (Asturias) oder mit den zur Regierung in Oppo-

sition stehenden Unternehmerkreisen (Monsanto) zu paktieren.

Um die Diskussion, mit wem zu welcher Zeit strategische Allianzen gebildet werden sollen, kommt niemand herum, der oder die sich für die parlamentarische Parteipolitik entscheidet. Doch sollten solche Diskussionen, wenn schon, nicht bloss auf der ideologischen, sondern auch auf der pragmatischen Ebene geführt werden.

Die URNG hat ein Problem auf Führungsebene mit noch unabsehbaren Folgen für die Basis, bzw. für die Zukunft der ganzen Partei. Noch verhalten sich die beiden Tendenzen zurückhaltend zum Thema Wahlen 2003, doch existieren die wildesten Gerüchte darüber, was sich hinter den Kulissen tut.

Das 'interne Problem' von URNG hat auch Auswirkungen auf die aus ihr entstandenen sozialen Organisationen. Zwar gehören häufig die MitarbeiterInnen der Organisationen historisch der selben politischen Strömung an, doch gibt es auch solche wie die der kriegsverletzten GuerillakämpferInnen (AGPD), die als Selbsthilfegruppe erst nach der Friedensunterzeichnung entstanden ist, und der Angehörige aller ehemaligen Guerillagruppierungen angeschlossen sind. "Wir haben uns entschieden, unsere Arbeit nicht mit der Partei zu vermischen. Wer sich politisch wie engagiert, ist eine individuelle Angelegenheit", erklären die Vorstandsmitglieder der Organisation einstimmig.

URNG, mit aller Bewunderung und allem Respekt für die Vergangenheit und viel Glück für die Zukunft!